



# PALÄSTINA-INFO

HALBJÄHRLICHE ZEITUNG  
PALÄSTINA-SOLIDARITÄT REGION BASEL



Yotam Ronen, Activestills.org

# Gegen die Blockade des Gazastreifens



Israelische AnarchistInnen besetzen Panzer, die entlang der Grenze zum Gazastreifen aufgestellt wurden. (Foto: Oren Ziv/Activestills.org)

Im Januar dieses Jahres übergab der bisherige UN-Sonderberichterstatter für Palästina, der südafrikanische Rechtsprofessor John Dugard, dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen einen Bericht über die Situation in den besetzten Gebieten. Seine Schlussfolgerungen sind eindeutig: „Gemessen an diesen Standards (des humanitären Völkerrechts) verletzt Israel in schwerwiegender Weise seine rechtlichen Verpflichtungen. Die kollektive Bestrafung Gazas durch Israel ist durch das Humanitäre Völkerrecht ausdrücklich verboten und hat zu einer ernsthaften

menschlichen Krise geführt.“ Die vollständige Blockade der 1,5 Millionen PalästinenserInnen im Gazastreifen seit 1½ Jahren hat dazu geführt, dass 80 Prozent der Bevölkerung von Nahrungsmittelhilfe der UNO und des Welternährungsprogramms abhängig wurden. Weil Israel aber nur 41 Prozent der benötigten Nahrungsmittel die Grenzen passieren lässt, leiden viele an Hunger und Mangelernährung. Auch Fisch gibt es trotz Meeranstoß keinen mehr, weil israelische Militärboote die Fischer mit Maschinengewehrbeschuss an ihrer Arbeit hindern.

Da die Grenzen hermetisch geschlossen sind, ist die Wirtschaft im Gazastreifen vollständig zum Erliegen gekommen. Auch die UNO hat mangels Materialien ihr Wiederaufbauprogramm eingestellt und 121 000 Bauarbeiter haben ihre Arbeit verloren. Da nur begrenzt Strom und Treibstoff importiert werden können, ist die Trink- und Abwasseraufbereitung nicht mehr gewährleistet.



Zwei Boote der amerikanischen Solidaritätsbewegung Free Gaza durchbrechen im August die israelische Blockade des Gazastreifens. An Bord der zwei Schiffe waren 42 Solidarische aus der ganzen Welt. Die AktivistInnen begleiteten während ihres Aufenthalts palästinensische Fischerboote, die mit Beschuss aus israelischen Schnellbooten an ihrer Arbeit gehindert werden. Die Rückreise nach Zypern begleiteten auch 7 StudentInnen, die von Israel an der Ausreise für die Wiederaufnahme ihrer Studien gehindert wurden. (Weitere Informationen auf [www.freegaza.org](http://www.freegaza.org))

## Bericht ohne Folgen

„Seit 40 Jahren haben die politischen Organe der Vereinten Nationen, Staaten und Einzelpersonen Israel ständiger, systematischer und grober Verletzungen der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts in den OPT (1967 besetzte Gebieten) beschuldigt. Im Jahre 2004 bestätigte das rechtliche Organ der Vereinten Nationen in seinem Beratenden Gutachten, dass Israels Handlungen in den OPT in der Tat fundamentale Normen der Menschenrechte und des humanitären Rechts verletzen und nicht durch Selbstverteidigung oder Notwendigkeit begründet werden können. Wenn die Vereinten Nationen die Menschenrechte ernst nehmen, können sie dieses Gutachten in den Beratungen des Quartetts nicht ignorieren, denn es ist eine massgebende Bestätigung, dass Israel schwerwiegend gegen seine internationalen Verpflichtungen verstößt. Zu versäumen, ein Gutachten über Humanitäres Völkerrecht und Menschenrechtsgesetzgebung zu implementieren oder auch nur anzuerkennen, stellt die ganze Verpflichtung der Vereinten Nationen zu den Menschenrechten in Frage.“ Deutlicher könnte es der Sonderberichterstatter nicht ausdrücken. Trotzdem ergreifen unsere Regierungen (einschliesslich der Schweizer Regierung) keine Massnahmen.

Mit verschiedenen Protestaktionen, darunter der Durchbrechung der Blockade auf dem Seeweg mit den Schiffen „Free Gaza“ und „Liberty“ mit 46 AktivistInnen an Bord im August des Jahres, hat die Solidaritätsbewegung auf die skandalöse israelische Blockade hingewiesen. (ud)

Der vollständiger Bericht des UN-Sonderberichterstatters John Dugard zur Lage in den besetzten Gebieten findet sich unter <http://www.mapc-web.de/archive/pal/0801BerichtDugardD.pdf>

Titelblatt: Bau einer Apartheidstrasse in der Westbank. Links nur für jüdische SiedlerInnen, rechts für PalästinenserInnen. Foto Yotam Ronen/Activestills.org  
Activestills ist ein Zusammenschluss israelischer FotograferInnen. „Wir sind eine Gruppe von FotograferInnen, die sich für soziale Veränderung einsetzen, überzeugt von der Macht von Bildern als Vehikel für Veränderung durch Bewusstsein.“ (Selbstdarstellung) Webseite mit Bildern: [www.activestills.org](http://www.activestills.org)

# Gemeinsam gegen Rassismus und Apartheid, gegen Besatzung und Kolonialismus



NGO-Forum an der UNO-Konferenz gegen Rassismus in Durban 2001

Das Papier, auf dem den zahlreichen UNO-Erklärungen und Resolutionen zu Israel gedruckt sind, ist geduldig. An der UNO-Konferenz gegen Rassismus 2001 im südafrikanischen Durban hat die internationale Staatengemeinschaft in ihrer grossen Mehrheit anerkannt, dass die PalästinenserInnen auch zu den Opfern von Rassismus zu zählen sind. Doch wie der amtierende UN-Sonderberichterstatter für Palästina, der Amerikaner Richard Falk, in seinem jüngsten Bericht an die UNO beklagt, sind – wie bei Dutzenden anderen Appellen, Resolutionen und Rechtsgutachten der UNO – keine Schritte daraus gefolgt.

Die Internationale Gemeinschaft hat es bis heute verabsäumt, Rassismus und rassistische Diskriminierung als Ursache des Nahost-Konfliktes anzuerkennen. Mit der Weigerung, die Situation als rassistisch motivierte Aggression auf der einen und Widerstand gegen Kolonisierung und Besatzung auf der anderen Seite zu sehen, wird den PalästinenserInnen gleichzeitig auch ihr Recht auf Widerstand gegen Apartheid, Kolonisierung und Besatzung genommen.

Seit Verabschiedung der Durban-Erklärung hat Israel seine Aggressionspolitik unbeirrt weiter verfolgt. Neben militärischen Drohungen gegen Nachbarstaaten wie den Irak, Syrien und den Iran und einem erneuten Krieg gegen den Libanon setzt die israelische Regierung auch die rassistisch motivierte Politik gegen die PalästinenserInnen fort. Die seit 60 Jahren praktizierte Vertreibung und die Verhinderung der Rückkehr der vertriebenen PalästinenserInnen mittels Gewalt, Gesetzen und gerichtlicher Rechtsprechung gehen weiter. Die

mittels rassistischer Gesetze und der Zerstörung von palästinensischen Häusern vorangetrieben.

Für die Solidaritätsbewegung bietet die im nächsten Jahr in Genf stattfindende Anti-Rassismuskonferenz eine Gelegenheit, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wieder verstärkt auf den kolonialen und rassistischen Charakter des Apartheidregimes Israels zu lenken und Druck auf die Staaten und die Vereinten Nationen auszuüben, die Menschenrechte auch der PalästinenserInnen zu wahren.



Um die Untätigkeit der internationalen Staatengemeinschaft nicht einfach hinzunehmen, haben 2005 über 170 palästinensische Gewerkschaften, Organisationen, NGOs und politische Parteien aus den drei Lebensbereichen der PalästinenserInnen (unter Besatzung, in Israel und im Exil) einen gemeinsamen Aufruf zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen lanciert. Diese Mittel sollen solange angewandt werden, bis Israel die Menschenrechte der PalästinenserInnen sowie das Recht auf Selbstbestimmung und Rückkehr der Vertriebenen anerkennt und umsetzt. Der Boykott von israelischen Produkten, der Abzug von Investitionen aus Firmen, die von der israelischen Apartheid profitieren, und staatliche Sanktionen gegen Israel (z.B. keine Käufe von Rüstungsgütern) sind

demografische Zusammensetzung der Region wird weiter zum Vorteil der jüdischen Bevölkerung verändert. Palästinensisches Land wird kontinuierlich konfisziert oder annektiert. Die illegalen jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten wurden seit 2001 massiv ausgebaut. Die Segregation innerhalb Israels wird

die Mittel der Zivilgesellschaft, um die Grundsätze von Durban auch gegenüber Israel durchzusetzen. Insbesondere die Solidaritätsbewegung mit den PalästinenserInnen hat damit auch eine gemeinsame Möglichkeit, direkten Einfluss auf den politischen Wandel zu nehmen und nicht beim Beklagen der verheerenden Lage der PalästinenserInnen und Informationsarbeit stehen zu bleiben.

## Spenden braucht's!

Unterstützt mit eurer Spende das Erscheinen des Palästina-Infos und Aktivitäten der Palästina-Solidarität Region Basel. Die Zeitung finanziert sich durch den Verkauf zu 2 Franken und vor allem durch Spenden der LeserInnen (Gratisversand). Herzlichen Dank an die SpenderInnen der letzten Ausgabe!

Die vierseitige Sondernummer zur Nakba wurde in einer Auflage von 40 000 Stück verbreitet und hat grossen Anklang gefunden. Vielen Dank auch hier für die zahlreichen und grosszügigen Spenden, die in die kommende Arbeit fliessen.

**Geldspenden an:** Palästina-Solidarität Region Basel, Postfach 4070, 4002 Basel, PC 40-756856-2

## Mach mit in der Palästina-Solidarität!

Die Palästina-Solidarität Region Basel trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat, um die aktuelle Situation zu besprechen und Aktivitäten zu planen. Jeden ersten Freitag im Monat organisieren wir zwischen 17.30 und 18.30 eine Mahnwache auf dem Barfüsserplatz in Basel. Die Treffen und Mahnwachen stehen allen Interessierten offen.

Wir suchen zudem immer Freiwillige, die bei Olivenölverkäufen in der Stadt mithelfen, sich journalistisch, gestalterisch oder durch Mithilfe beim Versand und Verkauf am Palästina-Info beteiligen oder in Arbeitsgruppen, z.B. bei der Umsetzung der BDS-Kampagne (siehe BDS-Info im Mittelteil), mitwirken.

Interessierte können sich auf den E-Mail-Verteiler setzen lassen, um Ankündigungen für Veranstaltungen und Aktivitäten zu erhalten.

**Kontakt:** Palästina-Solidarität Region Basel; Mail: [passo.bs@gmx.ch](mailto:passo.bs@gmx.ch)  
Post: Postfach 4070, 4002 Basel  
Fon: 079 644 65 86



# Die Antirassismus-Konferenz der Vereinten Nationen in Durban 2001

1997 beschloss die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNO), eine Internationale Konferenz gegen Rassismus, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und ähnliche Intoleranz durchzuführen. Hintergrund dieser Entscheidung war die Erkenntnis, dass seit der Verabschiedung der Universellen Erklärung der Menschenrechte im Jahre 1948 die Welt bei weitem noch nicht frei ist von Rassismus und Diskriminierung.



Solidaritätsdemonstration mit den PalästinenserInnen in Durban (Südafrika) 2001

Die Konferenz fand vom 31.8.–7.9.2001 in Durban, Südafrika, statt. Von 1999 bis Beginn der Konferenz wurden weltweit verschiedene Vorbereitungsarbeiten abgehalten, darunter sechs regionale ExpertInnenseminare und vier interkontinentale Regierungstreffen in Europa, Amerika, Afrika und Asien. Behandelt wurden jeweils die Ursprünge, Gründe und Formen von Rassismus. Ebenso wurden die Opfer ausgemacht und Möglichkeiten zur Verhinderung und zum Schutz von Rassismus eruiert. In der Folge wurde von der Mehrheit der anwesenden Staaten eine 60-seitige Erklärung verabschiedet (<http://www.unhchr.ch/pdf/Durban.pdf>). Weiter stand auf der Agenda die Behandlung von möglichen Schadensersatzforderungen, und es wurde ein Aktionsplan verfasst, um einzelne teilnehmende Staaten zur Umsetzung der beschlossenen Grundsätze zu bewegen und eine tatsächliche Gleichstellung aller Menschen weltweit zu erreichen. Laut der ehemaligen Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robins, sollten den Worten unbedingt auch Taten folgen. Schon in der Vorbereitungsphase

drohten die USA und Israel mit Boykott, sollte die zionistische Ideologie mit Rassismus in Verbindung gebracht werden. Als die israelkritischen Stimmen aus den Entwicklungsländern und

## Definition von Rassendiskriminierung

“In diesem Übereinkommen bezeichnet der Ausdruck ‘Rassendiskriminierung’ jede auf der Rasse, der Hautfarbe, der Abstammung, dem nationalen Ursprung oder dem Volkstum beruhende Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass dadurch ein gleichberechtigtes Anerkennen, Genießen oder Ausüben von Menschenrechten und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder jedem sonstigen Bereich des öffentlichen Lebens vereitelt oder beeinträchtigt wird.”

*Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, verabschiedet 1965, von 176 Staaten einschliesslich Israel ratifiziert.*

dem gleichzeitig stattfindenden NGO-Forum nicht verstummen, verliessen die USA und Israel die Konferenz vorzeitig und die Europäer sorgten dafür, dass die explizite Benennung des israelischen Regimes als eine neue Form von Apartheid keinen Eingang in die Schlusserklärung fand. Dort werden die PalästinenserInnen zwar als Opfer von Rassismus anerkannt, Israels Politik aber nicht explizit als Ursache genannt. Die europäischen Staaten erfüllten auch die Hoffnungen auf eine offizielle Anerkennung und Entschuldigung für ihre koloniale Vergangenheit nicht.

## Das NGO-Forum

Neben diesen staatlichen Vorbereitungsarbeiten haben sich auch die nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) organisiert. Das NGO-Forum wurde parallel zur Durban-Konferenz abgehalten, mit dem Ziel, eine eigene Resolution zu verabschieden, die dann an die Staatenkonferenz weitergeleitet werden sollte. Über 3000 NGOs aus der ganzen Welt nahmen an dem Forum mit 10 000 TeilnehmerInnen (u.a. aus Afrika, Asien, Lateinamerika) teil. Der südafrikanische Staat und verschiedene Stiftungen haben mit ihren Geldern die Reise von TeilnehmerInnen aus armen Ländern ermöglicht, und südafrikanische Organisationen hatten für die Verpflegung und Unterkunft gesorgt. Das Forum verabschiedete eine Resolution (The NGO forum declaration), die u.a. die Behandlung von Flüchtlingen und MigrantInnen, Antisemitismus, das Kastensystem in Indien, Sklaverei in Afrika und die Auswirkungen von Rassismus auf Krankheiten wie HIV/Aids thematisiert. Von den Hunderten von Paragraphen dieser Resolution betreffen nur wenige den Konflikt in Israel/Palästina. Trotzdem legten westliche Medien ihr Hauptaugenmerk auf dieses Thema. Das NGO-Forum wurde von israelischer Seite als Hort des Antisemitismus, als jüdenfeindlich und als Fehler bezeichnet. Die westlichen Medien übernahmen teilweise diese Auffassung. Grund für diese Anschuldigungen war, dass das israelische Regime und die Besatzung erstmals auf einem internationa-

len Treffen als rassistisch und als eine Form von Apartheid benannt wurden. Die palästinensischen NGOs waren für einmal besser organisiert als die pro-israelischen Organisationen. Sie koordinierten ihre Anliegen mit dem Durban-Sozialforum und der Bewegung der Landlosen in Südafrika und organisierten eine Demonstration mit über 40 000 TeilnehmerInnen. Während der siebentägigen Konferenz diskutierte das Forum Hunderte von rassistisch motivierten Diskriminierungen auf der ganzen Welt, und natürlich zielte viel Kritik in die Richtung der westlichen Welt – allerdings nicht nur von Delegierten aus Entwicklungsländern, sondern auch von westlichen Menschenrechtsorganisationen. Auch Indien, China und Nigeria wurden scharf kritisiert. Über die Solidarität mit dem palästinensischen Volk bestand ebenso Einigkeit wie mit der Anti-Apartheid-Bewegung in Südafrika in der Vergangenheit. Israel beging bereits im Vorfeld den Fehler, das NGO-Forum nicht ernst zu nehmen. Nur zwölf pro-israelische Organisationen nahmen am Forum teil. Israel verliess sich auf die Präsenz der USA und einiger europäischer Staaten, um seine Unantastbarkeit auf internationalem Parkett zu gewährleisten. Im NGO-Forum gelang dies nicht. Die proisraelischen Organisationen, die verlangten, dass allzu offene Kritik an Israel als Antisemitismus bezeichnet würde, verliessen das Forum schliesslich alleine.

## Die Durban-Erklärung und das Aktionsprogramm

Trotz aller Widerstände verabschiedete auch die Staatenkonferenz eine Resolution und ein Aktionsprogramm. Darin werden die PalästinenserInnen neben indigenen Völkern, Menschen afrikanischen Ursprungs, MigrantInnen, Flüchtlingen, religiösen Gemeinschaften, Frauen und Kindern als Opfer von Rassismus und Diskriminierung erwähnt. In genereller Form unterstreicht die Resolution das Recht auf Selbstbestimmung der Völker, besagt, dass Rassismus und rassistische Diskriminierung oft internen Konflikten zugrundeliegen, verurteilt den Kolonialismus als Ursache von Rassismus und Diskri-



minierung, anerkennt, dass Apartheid und Völkermord Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen und sofort zu verurteilen und zu verhindern sind, anerkennt, dass staatliche Institutionen und Strukturen zum Zweck der Diskriminierung der indigenen Bevölkerung missbraucht werden, verurteilt politische Ideologien und rechtliche Systeme, die die Überlegenheit einer Rasse propagieren, und unterstreicht, dass Opfern solcher rassistischer Diskriminierungen ein Recht auf unabhängige Gerichtsverfahren und Schadenersatz zusteht.

Obwohl die Durban-Erklärung die PalästinenserInnen explizit als Opfer von Rassismus und rassistischer Diskriminierung ausmacht, wurden im Aktionsprogramm keine weitergehenden Schlüsse gezogen, keine Massnahmen ergriffen und dieser Umstand nicht als Ursache des Israel-Palästina-Konfliktes anerkannt. Stattdessen finden sich lediglich allgemeine Empfehlungen und generelle Vorschläge zur Bekämpfung von Rassismus. Heute wird der Aktionsplan von den meisten Opfer- und Menschenrechtsorganisationen als ineffektiv und nutzlos bezeichnet, weil verpasst wurde, die verantwortlichen Staaten zu benennen und konkrete Massnahmen zu ergreifen. Speziell für die PalästinenserInnen ist der Aktionsplan praktisch nutzlos. Es wird einzig die Aufnahme von Friedensverhandlungen eingemahnt und die Respektierung des internationalen Rechts, des Rechts auf Selbstbestimmung und ein Ende des Konflikts gefordert. (step)

## Die Durban-Folgekonferenz in Genf

Im April 2009 findet in Genf die Folgekonferenz zur Antirassismuskonferenz (Durban Review Conference) statt. Ziel der Konferenz ist es, die Umsetzung der Durban-Erklärung von 2001 und des Aktionsprogramms zu überprüfen und weitere Schritte im weltweiten Kampf gegen Rassismus und rassistische Diskriminierung zu beschliessen. Für die Solidaritätsbewegung mit Palästina bietet sie eine Gelegenheit, den öffentlichen Diskurs auf die israelische Apartheid und somit auf die Ursachen des Nahost-Konfliktes zu lenken.

Der weltweiten Durchsetzung der Menschenrechte könnte vor allem wieder ein NGO-Forum Nachdruck verleihen. Durban 2001 brachte die lokalen zivilen Kräfte auf einer internationalen Basis zusammen und einte sie in ihrem Kampf gegen Diskriminierung und Unterdrückung. Bis heute ist nicht entschieden, ob es in Genf wieder ein paralleles NGO-Forum geben wird. Die UNO hat sich unter massivem Druck der pro-israelischen Lobby wohl entschieden, den Menschenrechtsorganisationen den Zugang zu erschweren und den Stimmen der Zivilgesellschaft keine Plattform mehr zu bieten.

Israelfreundliche Organisationen versuchen, mit Boykottaufrufen in Europa und Amerika möglichst viele Staaten von der Teilnahme an der Konferenz abzuhalten. Sie sehen in der Durban-Erklärung eine „antikolonialistische Revanche“ und in der Israelkritik Antisemitismus. Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International unterstellen sie Judenfeindlichkeit.

# Jüdischer Staat und Diskriminierung

Ein Kernproblem israelischer Politik beruht auf dem Selbstverständnis Israels als „jüdischem Staat“ und der damit verbundenen institutionalisierten Diskriminierung und Verdrängung der nichtjüdischen Einheimischen.



Bewaffneter Kinderhütendienst, Stimmungsbild der inneren Aufrüstung gegen die Araber (Foto ud)

Die in der Unabhängigkeitserklärung vom 14. Mai 1948 festgehaltene Definition Israels als jüdischem Staat, der der jüdischen Einwanderung und Sammlung der Juden im Exil offen steht, hat weitreichende Folgen. Zur Rechtfertigung beruft sich der Staat vor allem auf Bibeltexte, die angeblich ein jüdisches Vorrecht auf Eretz Israel (einschliesslich der besetzten Gebiete) begründen. Abgesehen von der historischen Unhaltbarkeit zentraler Thesen wurde damit der Religion ein Stellenwert eingeräumt, der selbst für die jüdische Bevölkerung einigen Konfliktstoff birgt.

Hauptleidtragende dieses Anspruchs sind aber die PalästinenserInnen, für die das zionistische Kolonialprojekt eine existenzielle Bedrohung darstellt. Israel ist auf den Ruinen der arabischen Gesellschaft Palästinas entstanden, die 1948 gewaltsam zerschlagen wurde. Die Vertreibung, Verdrän-

gung und Ausgrenzung der palästinensischen Bevölkerung zugunsten jüdischer Einwanderer und die Aneignung von Land und Ressourcen sind bis heute ein wesentliches Kennzeichen des israelischen Staates, seiner Institutionen und seiner Ideologie. Betroffen sind alle PalästinenserInnen, egal, ob sie in Israel, den besetzten Gebieten oder im Exil leben.

## Ungleiche Mittelverteilung

Das Staatsangehörigkeitsgesetz, das Einreisegesetz und das (für jüdische Einwanderer geltende) Rückkehrgesetz zielen darauf ab, die Zahl der PalästinenserInnen in Israel gering zu halten und den jüdischen Bevölkerungsanteil zu erhöhen. Die in Israel lebenden PalästinenserInnen besitzen zwar die Staatsbürgerschaft, die mit verschiedenen Vorrechten verbundene Nationalität ist aber jüdischen BürgerInnen vorbehalten. Zudem haben Juden/Jüdinnen aus anderen Ländern das Recht, automatisch StaatsbürgerInnen zu werden, wenn sie nach Israel einwandern. Eine entscheidende Rolle dabei spielt die Jewish Agency, die als parastaatliche Organisation alle Einwanderungsgesuche bearbeitet. Den jüdischen Einwanderern werden zahlreiche materielle Anreize geboten. Im Gegensatz dazu können gemäss dem Gesetz über Staatsangehörigkeit und Einreise PalästinenserInnen, die israelische StaatsbürgerInnen heiraten, weder einen Aufenthaltsstatus noch einen israelischen Pass erhalten, was der internationalen Praxis von Familienzusammenführung widerspricht.

Unzählige diskriminierende Praktiken, insbesondere bei der Vergabe

staatlicher Mittel im Bereich von Wohnen, Bildung, Gesundheit und Infrastruktur, aber auch in der staatlichen Raumplanung und der sogenannten „Umweltpolitik“ verhindern die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung arabischer Ortschaften und Städte und machen die PalästinenserInnen zu BürgerInnen zweiter Klasse. Viele Sozialleistungen werden nur an „ehemalige SoldatInnen“ (einschliesslich Angehöriger) vergeben. Israelische PalästinenserInnen werden nicht zum Militärdienst einberufen und erhalten deshalb diese Sozialleistungen nicht. Viele Berufe, insbesondere im staatlichen Sektor, sind arabischen StaatsbürgerInnen versperrt. Sie müssen sich zudem zu Israel als jüdischem Staat bekennen, wenn sie sich als politische Partei konstituieren wollen. In einem zunehmend rassistischen Diskurs in den Medien und seitens der Politik werden sie offen als demografische Bedrohung bezeichnet, über deren Abschiebung spekuliert wird.

## Bevölkerungspolitik

In Regionen mit hohem arabischem Bevölkerungsanteil (Galiläa und Naqab/Negev) verfolgt der Staat offiziell Judaisierungspläne, die über Infrastrukturmassnahmen umgesetzt werden. Besonders betroffen sind die rund 100 000 BeduinInnen, die von Zwangsumsiedlungen bedroht sind, womit die Beschlagnahme ihrer Weide- und Anbauflächen einhergeht. Eine weitere bedrohte Gruppe sind die BewohnerInnen sogenannter „gemischter Städte“ wie Akko oder Jaffa: In letzter Zeit wurden 500 Befehle zur Zerstörung von Wohnhäusern palästinensischer EinwohnerInnen erteilt. Die Zerstörung pa-



Arabisch-israelische Jugendliche beobachten die Feierlichkeiten zur israelischen Staatsgründung





*Jährliche Erinnerungsfeier im zerstörten arabischen Dorf Birim durch die Vertriebenen, die im benachbarten Dorf in Israel leben (Foto ud)*

lätinensischer Häuser unter dem Vorwand fehlender Baubewilligungen oder militärischer Notwendigkeit ist in Israel wie in den besetzten Gebieten eine gängige Praxis. Im Gazastreifen wurden zwischen 2000 und 2004 über 4000 Häuser niedergerissen und im Jordantal allein im ersten Halbjahr 2008 61 Wohnhäuser zerstört und damit rund 500 Personen obdachlos gemacht.

Bezeichnend ist der Umgang mit den Flüchtlingen – rund 70 Prozent aller PalästinenserInnen –, die mehrheitlich unweit ihrer Herkunftsorte in Flüchtlingslagern in Nachbarländern oder in den besetzten Gebieten leben. Trotz klarer völkerrechtlicher Verpflichtungen verweigert Israel kategorisch deren Rückkehr.

Ebenso wird den Binnenflüchtlingen – rund ein Drittel der in Israel lebenden PalästinenserInnen – bis heute die Rückkehr in ihre Ortschaften und zu ihrem Besitz verweigert. 2003 wurde ein Urteil des Obersten Gerichtshofs rückgängig gemacht, das den EinwohnerInnen der 1948 ethnisch „gesäuberten“ und 1951 zerstörten Ortschaft Iqrit die Rückkehr erlaubte. Die Begründung lautete, dass mit der Rückkehr ein Präzedenzfall geschaffen würde.

## Landkonfiszierungen

Das Land der Flüchtlinge wurde 1950 auf der Grundlage des „Gesetzes über

die Regelung des Eigentums Abwesender“ beschlagnahmt und an die umliegenden jüdischen Siedlungen vergeben. Bis heute konfisziert der Staat laufend palästinensischen Boden. In Israel sind unterdessen 93 Prozent des Bodens im Besitz oder unter Kontrolle der Regierung oder der Israel Lands Authority und des jüdischen Nationalfonds, die in staatlichem Auftrag entsprechend ihren Satzungen Nutzungsrechte an Grund und Boden ausschliesslich an Juden/Jüdinnen vergeben.

Im militärisch besetzten Westjordanland ist inzwischen über die Hälfte der Fläche beschlagnahmt und de facto für jüdische Siedlungen und die da-

zugehörige Infrastruktur annektiert. Besonders im Visier sind zurzeit Gebiete beidseits der Mauer, im Jordantal und im Grossraum Jerusalem. Hinzu kommt auch hier die Ausweisung von PalästinenserInnen, die aus dem Exil zurückgekehrt sind, oder ihrer ausländischen Familienangehörigen, die keine Möglichkeit haben, ihren Aufenthalt zu legalisieren.

Im annektierten Ostjerusalem wurde und wird mittels bürokratischen Massnahmen Tausenden von PalästinenserInnen das Aufenthaltsrecht in ihrer Geburtsstadt entzogen; gleichzeitig werden mittels der völkerrechtlich illegalen Siedlungstätigkeit immer mehr jüdische Menschen angesiedelt. Durch Flächenwidmungs- und Entwicklungspläne sowie Umzonungen wird die räumliche Trennung von jüdischer und palästinensischer Bevölkerung vorangetrieben, um ein sogenanntes „demografisches Gleichgewicht“ von 70 Prozent jüdischer zu 30 Prozent arabischer Bevölkerung zu gewährleisten. Die arabische Stadtbevölkerung ist zudem im Hinblick auf die städtische Infrastruktur (Grünanlagen, Schulen, Spitäler, Wohnbau, Abfallentsorgung) massiv diskriminiert.

Die gezielte Diskriminierung der PalästinenserInnen in allen Lebensbereichen durch den israelischen Staat und seine Institutionen erfüllt zweifellos den Tatbestand der „Rassendiskriminierung“, wie sie in der Rassendiskriminierungskonvention der Vereinten Nationen definiert ist (siehe S. 4), und muss auch entsprechend verurteilt und sanktioniert werden. (ba)



*Bau neuer jüdischer Stadtviertel im besetzten Ostjerusalem entlang der ehemaligen Waffenstillstandslinie vor 1967 (Foto ud)*

# Apartheid in Israel

Der Begriff Apartheid wird international verwendet, um die aktuelle politische Situation in Israel und den besetzten Gebieten zu beschreiben. Obwohl die Politik Israels nicht in allen Bereichen mit dem ehemaligen südafrikanischen Apartheidregime gleichgesetzt werden kann, entsprechen die Strukturen der Beziehung Israels zu den PalästinenserInnen einer Form von Apartheid. Die Erscheinungsformen gleichen sich zunehmend an.



Kontrolle palästinensischer ArbeiterInnen an der Mauer (Foto Anne Paq/Activestills.org)

Der Begriff der Apartheid bezeichnet die Trennung einer Bevölkerung in verschiedene Gruppen und betrifft sämtliche Ebenen der Gesellschaft, das heisst die soziale, wirtschaftliche, geografische bzw. räumliche, kulturelle und demografische Situation. Im Vergleich zum Begriff des Rassismus, der innerhalb einer Gesellschaft auch partiell auftreten kann, ist die Diskriminierung in einem Apartheidsystem institutionalisiert und Teil der Staatsstruktur. In der Politik des afrikaanischen (holländischen) Regimes, das Südafrika von 1948–1990 beherrschte, wird der Begriff der Apartheid erstmals in Bezug auf die gesellschaftliche Trennung bestimmter Bevölkerungsgruppen innerhalb des Staates verwendet.

Sowohl die zionistischen SiedlerInnen in Palästina als auch die weissen SiedlerInnen in Südafrika verfolgten mit der Annexion von bereits bewohntem Gebiet sowie der darauf folgenden Siedlungspolitik vorrangig koloniale Ziele. In der Kapprovins versuchten die holländischen Kolonialherren, die Ausbeutung natürlicher Ressourcen mit der Degradierung der schwarzen Bevölkerung voranzutreiben. Das südafrikanische Apartheidregime verfolgte mit der räumlichen und bevölkerungsmässigen

Trennung und der Einführung von Passgesetzen in erster Linie eine langfristige „Bereitstellung“ billiger schwarzer Arbeitskräfte. Mit der Theorie der „Grossen Apartheid“ unter dem südafrikanischen Premierminister Hendrik Verwoerd, d.h. der Entlassung der Bantustans (Homelands für die schwarze Bevölkerung in Südafrika) in eine formelle Unabhängigkeit, wollte das Regime der schwarzen Bevölkerung einen Ausländerstatus auferlegen. Dies hätte es der herrschenden Partei leichter gemacht, den Status der schwarzen Bevölkerung als zweitrangige EinwohnerInnen zu rechtfertigen.

Die ursprüngliche zionistische Kolonialpolitik verleugnete zu Beginn die Existenz einer bereits auf dem Gebiet lebenden Bevölkerung. Diese Behauptung hielt die jüdischen SiedlerInnen jedoch nicht davon ab, massiv von den palästinensischen Arbeitskräften und der lokalen Wirtschaft zu profitieren. Dennoch zielte die Kolonialisierung hauptsächlich darauf ab, das Land ohne dessen Bevölkerung zu übernehmen. Der demogra-

fischen Dominanz der PalästinenserInnen wurde mit gewaltsamer Vertreibung sowie aktuell in den besetzten Gebieten mit der Konzentration der palästinensischen Bevölkerung auf enge Siedlungsräume entgegengewirkt. Ziel der israelischen Apartheid war und ist es, den PalästinenserInnen die kleinstmögliche Fläche zu überlassen. In diesem Aspekt unterscheidet sich das Konzept der territorialen Teilung in Israel von der Apartheid Südafrikas.

Trotz dieser Unterschiede in Funktion und Zielsetzung der beiden Apartheidsysteme bestehen zwischen der israelischen Politik und den Verhältnissen im ehemaligen Apartheidstaat Südafrika viele Ähnlichkeiten. Israel versucht zunehmend, jeglichem gleichberechtigten Zusammentreffen von PalästinenserInnen und Israelis entgegenzuwirken, indem Umgehungsstrassen für israelische SiedlerInnen gebaut werden, den meisten PalästinenserInnen aus den besetzten Gebieten der Aufenthalt in Israel verboten ist und israelische BürgerInnen mit Ausnahme der jüdischen SiedlerInnen nicht in die besetzten Gebiete fahren dürfen. Eine weitere Parallele zum südafrikanischen Apartheidsmodell liegt in der Bantustanisierung der besetzten Gebiete, die mit der Fertigstellung der Trennmauer vom Restland abgeschnitten und wirtschaftlich in Abhängigkeit gehalten werden. Das

## **SOUTH AFRICAN NOBEL PRIZE WINNER ARCHBISHOP DESMOND TUTU ON ISRAELI APARTHEID:**



**“I’ve been very deeply distressed in my visit to the Holy Land; it reminded me so much of what happened to us black people in South Africa.”**

*The Guardian, April 29, 2002*

## **APARTHEID:**

**WRONG FOR SOUTH AFRICANS,  
WRONG FOR PALESTINIANS**

**END ISRAELI APARTHEID!**

\*Apartheid is a crime against humanity\* (Article 1, International Convention on the Suppression and Punishment of the Crime of Apartheid)

**END THE  
OCCUPATION**

For more info on End the Israeli Occupation \* PO Box 31228 \* Washington, DC 20008 \* 202-532-0844  
www.endtheisraelioccupation.org http://www.endtheisraelioccupation.org



Westjordanland wird zusätzlich durch Checkpoints, Siedlerstrassen und Landkonfiszierungen in immer kleinere Enklaven zerstückelt. Die eingeschränkte Bewegungsfreiheit und die wirtschaftliche Lebensunfähigkeit der besetzten Gebiete werden von Israel umgekehrt für die Förderung der eigenen Wirtschaft ausgenutzt. Besonders mit den geplanten Wirtschaftszonen beutet Israel die Not der PalästinenserInnen aus (siehe Kasten „Wirtschaftszonen“). Israel bestimmt in den besetzten Gebieten in letzter Instanz über territoriale, rechtliche und verwaltungsmässige Sachlagen. Die Rechte und Lebensumstände der PalästinenserInnen gleichen zunehmend der Situation in den Bantustans des ehemaligen Südafrikas. Der südafrikanische Nobelpreisträger, Erzbischof Desmond Tutu, der schon die Apartheid in Südafrika bekämpft hatte, kritisiert Israels Vorgehen scharf und stuft die israelische Apartheid in bestimmten Bereichen als gefährlicher und härter ein als die südafrikanische.

Neben der offenen räumlichen Trennung in den besetzten Gebieten besteht auch innerhalb des israelischen Staatsgebiets eine weitreichende gesellschaftliche Segregation zulasten der PalästinenserInnen. Diese Form einer versteckten, schleichenden Apartheid zeigt sich unter anderem in der sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Benachteiligung der PalästinenserInnen.

Das Naheverhältnis zwischen den zwei Staatssystemen wird auch aus ihrer langjährigen Zusammenarbeit ersichtlich, die die ideologische Verbindung der beiden Staaten unterstreicht. In der internationalen Unterstützung des Apartheidstaates Südafrika nahm Israel eine wichtige Rolle ein. Es entstand schon früh ein dichtes Netzwerk aus verschiedenen Formen der wirtschaftlichen, kulturellen, politischen, polizeilichen und geheimdienstlichen Zusam-



Apartheidmauer in Ostjerusalem, die einen Teil der arabischen Bevölkerung aus der Stadt ausschliesst (Foto ud)

menarbeit. Diese Verbindung endete auch mit der später zunehmenden internationalen Isolierung Südafrikas und der Verurteilung der Apartheid nicht. Israel spielte eine bedeutende Rolle in der Unterstützung Südafrikas, die Sanktionen zu umgehen.

Der Zusammenbruch des südafrikanischen Apartheidsystems zeigte jedoch auch, dass internationaler Druck und vor allem Aktionen seitens der unterdrückten Bevölkerung eine Änderung politischer Verhältnisse herbeiführen können. Im Kampf gegen das südafrikanische Apartheidregime spielten Boykott- und Sanktionsbewegungen eine wichtige Rolle; schon im Vorfeld der internationalen Solidaritätsbewegung konnten damit wichtige Druckmittel gegen die Regierung geschaffen werden. Der gezielte Rückzug von Investitionen, staatliche Sanktionen sowie breit angelegte Boykottaktionen werden auch in der Bekämpfung der israelischen Apartheid immer zentraler, um die Rechte der PalästinenserInnen durchzusetzen. (ms)

## Wirtschaftszonen in Bantustans

Die Monatslöhne der PalästinenserInnen in der Industriezone Erez im Gazastreifen betragen 270 Euro. Der Mindestlohn in Israel liegt bei 810 Euro.

Die israelische Regierung plant neu neun Wirtschaftszonen entlang der Apartheidmauer. Die palästinensischen Arbeitskräfte können so, ohne ihre Bantustans zu verlassen, zu Niedriglöhnen für israelische Firmen arbeiten. Israelische Softwarefirmen profitieren bereits heute von den vielen arbeitssuchenden, gut ausgebildeten It-IngenieurInnen in Ramallah. Das Internet ermöglicht die Kommunikation und den Austausch von Software, ohne dass die Angestellten ihre Bantustans verlassen müssen.

Im Oslo-Abkommen 1993 wurden bereits solche Wirtschaftszonen vereinbart. Es wurde aber nur Erez im Gazastreifen gebaut, das im Moment durch die Blockade stillgelegt ist.

Durch die Erdrosselung der palästinensischen Wirtschaft hat sich Israel bereits einen Monopol-Abatzmarkt in den besetzten Gebieten gesichert. Für Israel sind heute die besetzten Gebiete der drittgrösste Exportmarkt. (ud)



# Schutzwall gegen die Barbarei

Ohne Unterstützung alter wie neuer Kolonialmächte wäre die Gründung und Existenz von Israel undenkbar. Das Motiv ist nicht nur die militärische Kontrolle über das arabische Erdöl, sondern auch die vermeintliche Zivilisierung der arabischen Welt.

Walter Russel Mead, Berater des ehemaligen amerikanischen Außenministers Kissinger, kommt in einem Artikel über die Gründe für die anhaltende, breit abgestützte Sympathie der amerikanischen Bevölkerung für Israel zum Schluss, dass dabei das Gefühl, gemeinsame zivilisatorische Werte zu verteidigen, im Vordergrund steht und

gegen den Terror durch Präsident Bush zugenommen hat. Die Bombardierung von Wohngebieten und der massive Einsatz von Streubomben im israelischen Krieg gegen den Libanon 2006 änderte nichts daran. Diese Sympathie für die israelische Politik in den Vereinigten Staaten stützt sich mehrheitlich auf die nicht-jüdische Bevölkerung ab.

**„Wie können wir besetzte Gebiete zurückgeben. Da gibt es keinem, dem wir sie zurückgeben können.“**

Golda Meir, ehemalige israelische Ministerpräsidentin, 8. März 1969

wichtiger ist als der Einfluss der viel zitierten jüdisch-israelischen Lobby. Es ist deshalb kein Zufall, dass die Unterstützung der amerikanischen Öffentlichkeit für Israel mit der Ausrufung des Kriegs

Lord Balfour, der der zionistischen Bewegung im Namen der englischen Kolonialmacht eine jüdische Heimstätte in Palästina versprach (Balfour-Erklärung 1917) und auch die Buren in



No. 144

Theodor Herzl

Kunstverlag Phönix, Berlin



Südafrika unterstützte, beschrieb den Kolonialismus in der damals üblichen Terminologie als Ausdruck der „gereiften Rechte und Privilegien“ der weisen europäischen „Rassen“. Die zionistische Bewegung war ein typisches Produkt dieser kolonialistischen Ideologie. Entsprechend warb Theodor Herzl mit der Erklärung, die zionistische Bewegung in Palästina werde „ein Stück des Schutzwalles gegen Asien formen“ und „ein Vorposten der Zivilisation gegen das Barbarentum“ sein, um die Unterstützung der Kolonialmächte England und Frankreich. Diese hatten sich 1916 in einem Geheimabkommen bereits die Einflussphären im Nahen Osten nach der Niederlage des Osmanischen Reiches aufgeteilt (Sykes-Picot-Abkommen 1916).

Die zionistische Bewegung übernahm auch verschiedene Elemente aus anderen kolonialistischen Ideologien. Alle KolonialistInnen gingen von der rassistischen Annahme der Überlegenheit der westlichen Zivilisation und des „weisen Mannes“ aus. Diese Haltung hatte im vom europäischen Zionismus geprägten Israel auch die Abwertung und Diskriminierung arabischer und afrikanischer Juden/Jüdinnen zur Folge,



die nach der Gründung ins Land geholt wurden.

Alle kolonialistischen Projekte in Asien, Afrika oder Amerika leiteten aus ihrem Überlegenheitsdünkel das Recht des „weissen Mannes“ ab, die „Zivilisation“ auf weniger „zivilisierte“ indigene Völker zu übertragen. Dies rechtfertigte dann auch, ihr Land zu besetzen, die Einheimischen zu versklaven (z.B. in

**„So etwas wie Palästinenser gibt es nicht.“**

Golda Meir, 15. Juni 1969; ein Motto, das in der Argumentation prozionistischer Kreise in Abwandlung immer noch auftaucht.

Afrika), zu vertreiben (z.B. in Palästina) oder auszurotten (z.B. in Amerika). Typisch für kolonialistische Bewegungen war, dass sie die nichteuropäischen Gebiete als „Niemandland“ betrachteten. „Die Kolonialisierung wurde mit der Leugnung der Existenz oder Existenzberechtigung der indigenen Völker umgesetzt.“ (Hammad in Perspektive Süd) „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“ war dafür der Slogan der zionistischen Bewegung.

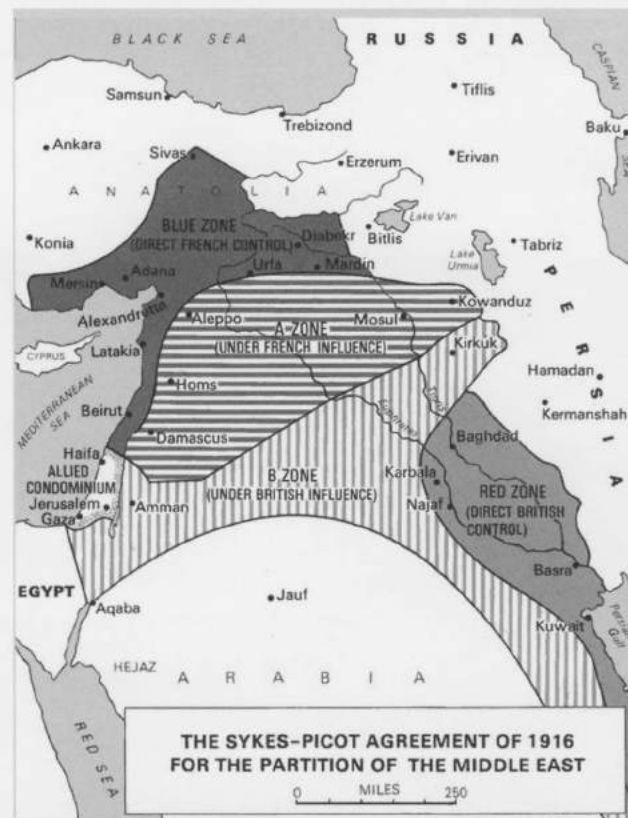
**Israel als Partner in Kriegen gegen antikoloniale Kämpfe**

Acht Jahre nach der Staatsgründung beteiligte sich Israel an der Seite von Grossbritannien und Frankreich am militärischen Angriff gegen Ägypten. Die Kolonialmächte des Nahen Ostens wollten mit der Militäraktion die arabische Unabhängigkeitsbewegung schwächen und den ägyptischen Präsidenten Nasser, der den Suez-Kanal verstaatlichte, stürzen. Frankreich war gleichzeitig in antikoloniale Kriege (z.B. Algerien) verwickelt und rüstete die israelische Armee nicht nur mit Kriegsgeschütz auf, sondern lieferte auch die Infrastruktur zur Entwicklung von Atombomben. 1967 mit der Eroberung der jordanischen Westbank, des ägyptischen Gazastreifens, des Sinais und der syrischen Golanhöhen bewies Israel seine militärische Stärke gegenüber den arabischen Nachbarn und wurde fortan zum wichtigsten militärischen Verbündeten der USA. 1973 halfen die Vereinigten Staaten Israel mit einer Nothilfe von 2,2 Milliarden Dollar gegen seine

arabischen Angreifer, die die 1967 besetzten Gebiete zurückerobern wollten. Seither gehört Israel zum grössten Empfänger amerikanischer Militär- und Wirtschaftshilfe, ohne die der israelische Staat schon lange bankrott wäre. Dafür half Israel den USA bei der militärischen Aufrüstung und Ausbildung verschiedener lateinamerikanischer und afrikanischer Diktaturen und war eine

wichtige Stütze des südafrikanischen Apartheidregimes.

In der Abschlusserklärung der Antirassismus-Konferenz in Durban wird anerkannt, dass Kolonialismus zu Rassismus und radikaler Diskriminierung geführt hat und dass viele Menschen in Afrika und Asien unter dessen Folgen gelitten haben und bis heute leiden. Es ist ein Fortschritt, dass die PalästinenserInnen in der Erklärung von Durban ebenfalls als Opfer dieser Politik anerkannt wurden. In einem nächsten Schritt muss durchgesetzt werden, dass aus dieser Erkenntnis konkrete Schlussfolgerungen für die Betroffenen gezogen werden. (ud)



**THE SYKES-PICOT AGREEMENT OF 1916 FOR THE PARTITION OF THE MIDDLE EAST**

ten Mandatsgebieten (unter direkter eigener Verwaltung) und verschiedenen Monarchen (Jordanien, Irak) sowie der willkürlichen Aufteilung in Länder (Libanon, Syrien) ihren Einfluss zu sichern. Sie rüsteten verschiedene Regierungen militärisch auf und stellten ihnen eigene Militärberater zur Seite. So unterstand auch die jordanische Armee 1948 einem britischen Oberbefehlshaber. Die Balfour-Erklärung von 1917, in der Grossbritannien der zionistischen Bewegung eine jüdische Heimstätte in ihrem zukünftigen Mandatsgebiet versprach, war Teil der

Einflussicherung im Nahen Osten. Die heutige Länderaufteilung entspricht noch weitgehend den Grenzziehungen der Kolonialmächte nach dem Ersten Weltkrieg, auch wenn in einem Teil der Länder (Irak, Syrien) die von den Kolonialmächten eingesetzten Regierungen durch Nationalbewegungen gestürzt wurden. Durch die amerikanische Besetzung des Iraks 2003 wurde dort wieder eine abhängige Regierung eingesetzt. Der bei uns gängige Begriff für die Region (Naher oder Mittler Osten) ist ebenfalls geprägt von der europäischen (kolonialen) Sichtweise auf die Welt.

Die Karte zeigt die Aufteilung des Nahen Ostens, wie sie sich die Kolonialmächte Grossbritannien und Frankreich nach der Niederlage des Osmanischen Reiches vorstellten. Das Geheimabkommen wurde im November 1915 von zwei Diplomaten, dem Franzosen François Georges-Picot und dem Engländer Mark Sykes, ausgehandelt. Die französische und die britische Regierung verabschiedeten das Abkommen am 16. Mai 1916.

Nach der Niederlage des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg versuchten die beiden Kolonialmächte, mit der Einrichtung von sogenann-





Keren Manor / Activestills.org

### Impressum

HerausgeberInnen: Palästina-Solidarität Region Basel, Postfach 4070, 4002 Basel  
Redaktion für diese Nummer: Birgit Althaler (ba), Vera (farah), Martina Stähli (ms), Stephanie Selg (step), Urs Diethelm (ud), Valérie Meyer (val)  
Layout & Gestaltung: Georg Iliev

Herbst 08, Auflage 1200